

TITELTHEMA

Meinungen zum Titelthema „Nachtragshaushalt 2017“

Standpunkte



Der geplante Nachtragshaushalt der Landesregierung ist ...

... ein reiner „Reparaturhaushalt“, der Fehler aus sieben Jahren rot-grüner Regierungsarbeit repariert.

... unsolide und unsozial, durch ihn werden die Kommunen zusätzlich belastet und Langzeitarbeitslose im Stich gelassen. Gleichzeitig werden 139 Stellen in den Ministerien geschaffen. Die Landesregierung wird ihrem eigenen Anspruch, neue Ausgaben durch Einsparungen zu realisieren, nicht gerecht: Die Neuverschuldung beträgt 1,5 Mrd. Euro.

Die Höhe der Neuverschuldung ist ...

... trotz Investitionen in innere Sicherheit, Kitas und Krankenhäuser und trotz Rückabwicklung der Darlehenstilgung von 885 Millionen Euro gegenüber dem BLB, über 90 Millionen Euro geringer, als von der Vorgängerregierung geplant.

... vor dem Hintergrund der steigenden Mehreinnahmen nicht nachvollziehbar. Hier müssen sich CDU und FDP an ihren Wahlversprechen messen lassen, neue Ausgaben nur durch Steuermehreinnahmen oder Einsparungen gegenzufinanzieren. Dies geschieht mit dem Nachtrag aber eben nicht, die Nettoneuverschuldung wird nur minimal reduziert.

Die geplanten Investitionen sind ...

... notwendig, weil sie dafür sorgen, dass keine Kita geschlossen wird, Überstunden bei Polizei und Justiz bezahlt werden und Krankenhäuser endlich wieder investieren können.

... teilweise richtig, etwa bei den Polizeineueinstellungen. Diese Forderung wurde unverändert aus dem SPD-Wahlprogramm übernommen. Das begrüßen wir. Sie stehen aber in einem krassen Missverhältnis zu anderen Maßnahmen, wie beispielsweise der wirtschaftlich unnötigen Rückabwicklung einer Sondertilgung des BLB. Diese kostet alleine 885 Mio. Euro und dient nur dazu, der Regierung ein Finanzpolster für die nächsten Jahre zu verschaffen.

Die Neuregelung beim Unterhaltsvorschuss ist ...

... gegenüber den Kommunen endlich fair geregelt. Im Moment zahlen die Kommunen 80 % des Landesanteils, das Land nur 20 %. Mit der Neuregelung reparieren wir diesen Rot-Grünen Fehler. Zukünftig teilen sich Land und Kommunen die Kosten zur Hälfte.

... richtig und zu begrüßen. Der finanziellen Entlastung beim Unterhaltsvorschuss stehen gleichwohl 100 Mio. Euro Mehrbelastungen durch die Krankenhausfinanzierung gegenüber. Für die Kommunen heißt das: Wie gewonnen, so zerronnen.



... naturgemäß ein Sofortprogramm zur Reparatur der schlimmsten rot-grünen Hinterlassenschaften. Das Land holt dringend notwendige Maßnahmen nach, die Rot-Grün sträflich vernachlässigt hat: Unterfinanzierte Kitas werden vor der Schließung bewahrt, Überstundenberge im öffentlichen Dienst abgebaut und die Innere Sicherheit durch mehr Polizeipersonal gestärkt. Ferner werden unsolide Haushaltstricks rückgängig gemacht.

... im Vergleich zur rot-grünen Haushaltsplanung trotz der Vielzahl notwendiger Initiativen des Politikwechsels von der schwarz-gelben Mehrheit um fast 100 Millionen Euro abgesenkt worden. So wird mit der Umsetzung unseres Versprechens einer niedrigeren Neuverschuldung begonnen, die es spätestens ab 2020 gar nicht mehr geben wird. Durch sinkende Zinslasten wird die Abhängigkeit des Landes vom Kapitalmarkt reduziert.

... langfristig nicht ausreichend, um den vom Landesrechnungshof kritisierten Verfall der öffentlichen Infrastruktur zu bremsen. Durch den Nachtrag beginnt das Land aber mit Investitionen in die Krankenhäuser von zusätzlichen 250 Millionen Euro. Dringende Sanierungen wie beispielsweise bei der Verkehrsinfrastruktur folgen in den kommenden regulären Haushalten. Der öffentliche Substanzverzehr ist zu stoppen.

... eine wichtige Entlastung der kommunalen Haushalte. Diese bezweckt die Abfederung der dort durch bundesrechtliche Änderung des Unterhaltsvorschusses für Minderjährige gestiegenen Kosten. Seither fällt für zahlreiche Kinder Anspruch auf Unterhaltsvorschuss an. Land und Kommunen teilen sich die Kosten jetzt hälftig. Das ist sachgerecht und fair. Rot-Grün hat dieses Problem vor der Abwahl nicht gelöst.

... der Offenbarungseid der neuen schwarz-gelben Landesregierung. Er zeigt, dass die Aussagen von CDU und FDP in ihren Wahlprogrammen, neue Ausgaben durch Einsparungen zu decken, keine Gültigkeit mehr haben. Trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen werden Schulden aufgenommen. Den Rotstift setzt die Koalition beim Sozialen Arbeitsmarkt an – ein fatales Signal für die Langzeitarbeitslosen in unserem Land.

... gemessen an den finanziellen Spielräumen mit 1,2 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen und 400 Mio. Euro Personalminderausgaben zu hoch. Da hilft auch die Ausrede eines „Reparaturhaushalts“ nicht weiter, wenn man zunächst 139 neue Stellen in der Ministerialbürokratie schafft. Der ehemalige Finanzminister Walter-Borjans hatte aufgezeigt, dass bereits 2017 ein ausgeglichener Haushalt möglich wäre.

... grundsätzlich notwendig. Die Krankenhausinvestitionsfinanzierung bringt finanzschwache Kommunen jedoch in große Bedrängnis, da sie die gesetzliche Eigenbeteiligung in ihren Haushalten nicht mehr aufbringen können. Eine Verschiebung des Einnahmeanspruchs nach 2018 nützt da gar nichts. Zu Recht kritisieren die Kommunalen Spitzenverbände diesen Aktionismus, der nicht mit ihnen abgestimmt wurde.

... ein vernünftiger und folgerichtiger Kompromiss zur Entlastung von Alleinerziehenden und Kommunen. Sie folgt aus der wichtigen Verstärkung auf Bundesebene, auch Kindern bis zu einem Alter von 18 Jahren einen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss zu gewähren und die Höchstbezugsdauer abzuschaffen.

... ein Zeugnis dafür, dass FDP und CDU leider dort weitermachen, wo SPD und Grüne aufgehört haben. Statt Prioritäten bei den Ausgaben zu setzen und schwarz-gelbe Wahlgeschenke durch Sparen an geeigneter Stelle gegenzufinanzieren, wird auf die zusätzlichen Steuereinnahmen zurückgegriffen.

... Beleg dafür, dass Sparen von FDP und CDU nicht gewollt ist. Von den zusätzlich sprudelnden Steuereinnahmen von fast 1,3 Mrd. Euro werden nicht mal 10 % für die Tilgung von Schulden eingesetzt, so dass eine hohe Nettoverschuldung verbleibt. Eine verantwortungsvolle Politik für unsere Nachkommen sieht anders aus.

... lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein. Rot-Grün hat die Sachinvestitionen in unsere Infrastruktur wie Straßen, Krankenhäuser, Schulen sträflich vernachlässigt. Die geplanten Investitionen reichen lediglich, um den Verfall unserer Infrastruktur zu verlangsamen. Es fehlt ein klares Bekenntnis zu einem Aufbau der Infrastruktur in NRW.

... eine Entlastung der Kommunen. Jedoch darf die Ausdehnung des Unterhaltsvorschussanspruchs auf 12- bis 17-jährige Kinder und das Entfallen der Höchstbezugsdauer von 72 Monaten nicht zu einer Gratis-Mentalität bei säumigen Unterhaltszahlern führen. Die Behörden müssen einem solchen Verhalten durch entsprechende Sanktionierung entgegenwirken.